

VON RICHARD LAUENSTEIN

Politische Kabarettisten wie U. Priol, G. Schramm und V. Pispers, die im Unterschied zu manch modernen Hofnarren und den neoliberal gefirmten Comedians der Privatsender diese Bezeichnung noch verdienen, haben es nicht unbedingt leicht. Was sie gezielt überzeichnen, um es deutlicher auf den Punkt zu bringen, wird von der tatsächlichen Entwicklung immer schneller realsatirisch getoppt. Ihre Stichwortlieferanten, viele Akteure der sogenannten Politischen Klasse haben es allerdings auch nicht leicht. Wachsende Teile der Bevölkerung wollen nicht mehr so, wie sie und diejenigen, deren Interessen sie hauptsächlich vertreten, es gerne hätten.

Gäbe es etwa eine Volksabstimmung zum wirtschafts- und militärpolitisch brisanten „EU-Reformvertrag“, läge Irland politisch vermutlich näher an Deutschland als geografisch. Die Mehrheit der Bevölkerung hat längst genug von der fortwährenden Umverteilung von unten nach oben, von explodierenden Managergehältern bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit,



Macht sich künftig verdächtig, wer so etwas liest oder gar für wertvolle Beiträge zu unserer politischen Kultur hält? Manche Politikeräußerungen sprechen dafür.

Foto: Richard Lauenstein

Politischer Engstirnigkeit die Stirn bieten Rechten Meinungsmachern nicht das Feld überlassen!

keit, zunehmender prekärer Beschäftigung und sinkenden Reallöhnen und -renten. Sie will auch keine Kriegseinsätze deutschen Militärs und schon gar nicht deren Ausweitung.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat genug

Einige führende Köpfe der seit Schröder immer noch neoliberal aufgestellten Sozialdemokratie reagieren darauf nach dem Motto „Jetzt erst recht! Augen zu und gerade durch!“, zusätzlich getrieben durch den Druck der konservativen Konkurrenz und der meisten Me-

dien. Andere denken besonders laut darüber nach, was politisch und in den Köpfen der Menschen geändert werden müsste, um die bislang durchgesetzte Weichenstellung nicht zu gefährden. Dass mitunter auch Ideen geäußert werden, die kritische Zeitgenossen zweifeln lassen, ob sie eher darüber lachen oder besorgt sein sollen, darf nicht verwundern.

So warnte Altbundespräsident R. Herzog angesichts einer minimalen außerplanmäßigen Erhöhung der gesetzlichen Altersrenten um 1,1 Prozent am 11. April 2008 in der „Bild“-Zeitung

theatralisch vor einer „Rentnerdemokratie“: „Die Älteren werden immer mehr, und alle Parteien nehmen überproportional Rücksicht auf sie ... Das könnte am Ende in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern.“

Herzogs Warnung vor einer „Rentnerdemokratie“

Während der Vorsitzende der CDU-Seniorenvereinigung O. Wulff diese Warnung als „grobe Unfug“ bezeichnete, preschte ein anderes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, der RCDS-Vorsitzende G. Ludewig, Wochen später sogar mit dem Vorschlag vor: „Diejenigen, die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen, müssen in diesem Land wieder mehr Einfluss bekommen. Die Lösung könnte ein doppeltes Wahl- und Stimmrecht sein.“ Allein mit „Hartz-IV-Bezieher und Rentnern“ könne der soziale Ausgleich in Deutschland nicht funktionieren.

Die FDP teile zwar die Sorge, dass das Land politisch nach links rutsche. „Entmündigung der Wähler ist aber die falsche Antwort“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer ihrer Bundestagsfraktion J. van Essen (Tagespiegel.de, 23.05.2008).

Teile und herrsche

In Äußerungen wie von Herzog und Ludewig kommt erneut die alte Herrschaftstechnik des „Teile und Herrsche“ zum Tragen, mit der legitime Interessen und Ansprüche verschiedener Bevölkerungsgruppen so gegeneinander ausgespielt werden, dass im Ergebnis Dritte davon profitieren. In jeder Gesellschaft müssen die Güter und Leistungen für die noch nicht bzw. nicht mehr im Arbeitsleben Stehenden

Unseren Toten zum Gedächtnis

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Niedersachsen

Rald Lieder
Stadthagen
geb. am 19.02.1955
gest. am 19.03.2008

Dr. Edith Bosse
Hannover
geb. am 07.03.1938
gest. am 21.04.2008

Heinz Kohlstadt
Beedenbostel
geb. am 02.12.1944
gest. am 22.05.2008

Eugenie Berg
Oldenburg
geb. am 28.02.1959
gest. am 23.05.2008

Rosita Klas
Wilhelmshaven
geb. am 16.10.1951
gest. am 23.06.2008

Friedhard Grote
Hannover
geb. am 08.07.1933
gest. am 26.05.2008

Helmut Kallweit
Verden
geb. am 14.11.1927
gest. am 08.06.2008

Clemens Schnurer
Gifhorn
geb. am 08.04.1961
gest. am 09.06.2008

Liane Beyer
Celle
geb. am 31.03.1948
gest. am 19.06.2008

Ursula Bastian
Aurich
geb. am 20.01.1941
gest. am 19.06.2008

Gerline Schürenstede
Varel
geb. am 19.05.1924
gest. am 27.06.2008

Renate Menz
Bad Nenndorf
geb. am 10.02.1955
gest. am 08.07.2008

Johanna Berkentin
Winsen
geb. am 22.05.1919
gest. am 12.07.2008

Klaus Eckardt
Nordenham
geb. am 14.06.1952
gest. am 15.07.2008

Michael Mende
Hannover
geb. am 23.06.1945
gest. am 16.07.2008

Michael Opoka
Wardenburg
geb. am 31.07.1944
gest. am 16.07.2008

Klaus Taubert
Braunschweig
geb. am 23.09.1939
gest. am 16.07.2008

Hermann Henk
Holle
geb. am 11.02.1935
verstorben im Juli 2008

Rolf Strohschein
Jork
geb. am 04.01.1946
verstorben im Juli 2008

Wolfgang Wesche
Schöninge
geb. am 07.02.1924
gest. am 21.07.2008

Christian Matthias
Lüneburg
geb. am 24.09.1968
gest. am 13.08.2008

Adelheid Schiemann
Kirchlinteln
geb. am 18.07.1914
gest. am 15.08.2008

Wulf Jürgen Peschke
Braunschweig
geb. am 01.03.1947
verstorben im August 2008



von der aktiven Arbeitsbevölkerung erwirtschaftet werden. Die enorm gesteigerte Produktivität ließe dies auch bei uns trotz sinkender Bevölkerungszahlen ungeschmälert zu.

Seit es nach dem Militärputsch in Chile 1973 erstmalig gelungen ist, flächendeckend statt einer beitrags- und umlagefinanzierten eine kapitalgedeckte Alterssicherung durchzusetzen, streben Neoliberale und Neocons danach, möglichst überall gesetzliche Rentenregelungen zugunsten einer Privatisierung zurückzudrängen. Das entlastet alle Unternehmen auf der Kostenseite und verschafft einigen, vor allem Banken und Versicherungen, zusätzliche Gewinnmöglichkeiten.

In diesem Sinne „ruckt“ auch R. Herzog schon länger durch Deutschland, entweder solo oder mit seinem „Konvent für Deutschland“. Letztlich geht es immer um die Durchsetzung solcher „Reformen“, bei denen viele zu Gunsten weniger draufzahlen müssen. Wochen vor seiner Warnung vor einer „Rentnerdemokratie“ hatte er angesichts der wachsenden Schwierigkeiten, nach dem Auftreten der LINKEN als fünfte parlamentarische Kraft stabile Regierungsmehrheiten zu bilden, eine Wahlrechtsreform angemahnt; sonst drohten Minderheitsregierungen und ein Kanzler, der im Ausland nur als „lahme Ente“ wahrgenommen werde.

FDP-Politiker kritisieren Darstellung der „freien Marktwirtschaft“ in Schulbüchern

Unter Berufung auf eine Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung, verfasst von ihrem Stipendiaten G. Merrett, beklagten die niedersächsischen FDP-Abgeordneten G. König und B. Försterling im Rahmen einer Kleinen Anfrage, in Schulbüchern für niedersächsische Gymnasien werde die „freie Marktwirtschaft“ häufig falsch dargestellt und eine antikapitalistische Grundstimmung vermittelt. Merrett kann sich gar nicht darüber beruhigen, dass in Deutschland der Staat doch tatsächlich fast das komplette Bildungswesen übernommen habe; im Bereich der ökonomischen Bildung werde zusätzlich konsequent

ökonomischer Nonsens mit antikapitalistischem Beigeschmack serviert. Den Schulbuchautoren wirft er u.a. vor, nicht gerade begeisterte Freihändler zu sein, den Kauf von Fair-Trade-Produkten vorzuschlagen, Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit zu behaupten und dem Staat eine ausgleichende Rolle zuzuschreiben. Wen könne es da noch wundern, dass immer mehr junge Menschen sich Vereinigungen wie attac anschließen, zu Staatsgläubigkeit neigten und umfassende Ansprüche an den Staat stellten. „1990 glaubte man den Sozialismus endlich aus Deutschland vertrieben zu haben. Doch der Sozialismus ist nicht tot – er lebt in vielen Schulbüchern weiter.“ (Welt Online, 16.04.2008).

Heister-Neumann gegen zusätzliche Auflagen für die Verlage

Redakteure und Vertreter der Schulbuchverlage wiesen diese Kritik als „reine Meinungspeitsche“ zurück. Die FDP meine wohl, man müsse ihr Parteiprogramm in den Schulbüchern abdrucken. Schlimmstenfalls müsse man annehmen, ein Schulbuch der Mittelstufe überfordere die intellektuellen Fähigkeiten des Studien-Verfassers. Kultusministerin E. Heister-Neumann antwortete, sie teile die Einschätzung der beiden Abgeordneten nicht und sehe auch keine Notwendigkeit, den Verlagen zusätzliche Auflagen zu machen. Das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung kommt in einer Studie über 140 deutsche, englische und schwedische Schulbücher zu dem Ergebnis, Unternehmen und Wirtschaft würden „erstaunlich differenziert“ dargestellt.

In den Äußerungen von Merrett, König und Försterling offenbart sich einmal mehr der tumber Wirtschaftsliberalismus und Marktradikalismus, dem die FDP sich anders als zu Zeiten von Karl-Hermann Flach und den „Freiburger Thesen“ inzwischen hingegeben hat. Die komplexe Welt der heutigen Ökonomie aus subjektiven Nutzenkalkülen deduzieren zu wollen, ist an Schlichtheit kaum zu überbieten. Dass ihre Glaubenssätze bestimmten Interessen Vorteile verschaffen, ist noch kein Wahrheitsbeweis.

Auf lange Sicht, so E. Bloch, sei etwas nicht deshalb wahr, weil es nutze, sondern könne nur etwas nutzen, was wahr sei, was tatsächlich stimme. Ob Theorien ihre Gegenstände aber adäquat und logisch widerspruchsfrei spiegeln, muss historisch-konkret geprüft werden.

Tumber Wirtschaftsliberalismus

An der vordersten Front des niedersächsischen Kampfes gegen den Sozialismus stehen allerdings nicht die wackeren „Anti-68er“ von der FDP-Fraktion, sondern der als „harter Hund“ bekannte Innenminister Schönemann. Im Verfassungsschutzbericht 2007 und in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten K. Flauger (DIE LINKE) stellte er fest, der von der LINKEN benutzte Begriff des „demokratischen Sozialismus“ sei nur scheinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Im Besonderen nicht damit kompatibel seien die angestrebten Ziele der Entprivatisierung bestimmter Wirtschaftsbereiche (Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“) im Zusammenhang mit der Überwindung des Kapitalismus sowie die Bekenntnisse zu den Theorien von Karl Marx. So werde auf der Grundlage des „Basis-Überbau-Modells“ davon ausgegangen, dass die Veränderung des Wirtschaftssystems auch eine der Staatsform nach sich ziehen müsse.

Die neue Partei, praktisch längst eine eher linkssozialdemokratische Formation, wird immer noch per amtlichem Federstrich zum Wiedergänger der SED erklärt – frei nach dem Motto: Wenn sie sich von diesem Teil ihrer Vergangenheit nicht distanziert, ist sie verwerflich, und wenn sie es – wie schon viele Male geschehen – tut, glauben wir es ihr auch nicht. In anderen Staaten wird meist souveräner damit umgegangen, dass die historisch aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen kommunistischen Parteien nach der Implosion des Realsozialismus inzwischen zu großen Teilen in die sozialdemokratische Welt zurückgekehrt sind und diese selbst sich aktuell neu ausdifferenziert und aufstellt.

An vorderster Front Innenminister Schönemann

Hierzulande gilt die LINKE – wie ehemals die Grünen – in erster Linie noch als lästige Störgröße, die von einigen, durchaus nicht von allen Vertretern des politischen Establishments auch mit staatlichen Mitteln klein zu halten versucht wird. Wer als Person des öffentlichen Lebens die offizielle Sichtweise nicht teilt, wird dann sehr schnell selbst diffamiert – und ebenfalls beobachtet? Vielleicht ändert sich das erst, wenn es auch zwischen CDU und LINKEN zu Koalitionen kommt. Manche Anzeichen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg versprechen eine interessante Entwicklung.

Deutlich sind die weit über die LINKE hinausreichenden Verdikte gegen „demokratischen Sozialismus“, „Wirtschaftsdemokratie“ und marxistisches Denken.

Demokratische SozialistInnen, ob marxistisch inspiriert oder nicht und gleich ob und wie organisiert, eint die Überzeugung: Die großen gesellschaftlichen Probleme dieser Zeit sind wenn, dann nicht durch weniger, sondern nur durch mehr Demokratie in allen Bereichen zu lösen. Politische Selbstbestim-

mung und wirtschaftliche Fremdbestimmung und Übervorteilung der Masse der Bevölkerung gehen auf Dauer nicht zusammen; die politische Demokratie muss zur wirtschaftlichen und sozialen weiterentwickelt werden. Nach 1945 glaubte das einen (taktischen?) Moment lang sogar die CDU.

Demokratische SozialistInnen setzen sich dafür ein, dass die Grundrechte der Menschen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch praktisch-materiell fundiert und ausgeweitet werden in Richtung einer umfassenden Teilhabe aller an der Verfügung über die gesellschaftlich relevanten Lebensbedingungen. Demokratie braucht Sozialismus, den Abbau und die schließliche Überwindung unwürdiger Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, und Sozialismus geht schon gar nicht ohne Demokratie, ohne gesicherte und gestärkte Grundrechte, Eigentumspluralismus, freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung, freie Medien und unabhängige Gewerkschaften.

Die großen gesellschaftlichen Probleme durch mehr Demokratie lösen

Die Verfassung der Bundesrepublik schreibt in Konsequenz der Erfahrungen mit Weimarer Republik und Faschismus zwingend einen demokratischen und sozialen Bundesstaat vor. Die Frage der Verfassungsreform ist nach wie vor offengelassen; möglich sind sowohl Privatisierungen als auch Vergesellschaftungen. Dass diese Orientierung Parteigängern einer Kapitalvorherrschaft gründlich gegen den Strich geht, ändert keinen Deut an ihrer historischen und demokratischen Legitimität.

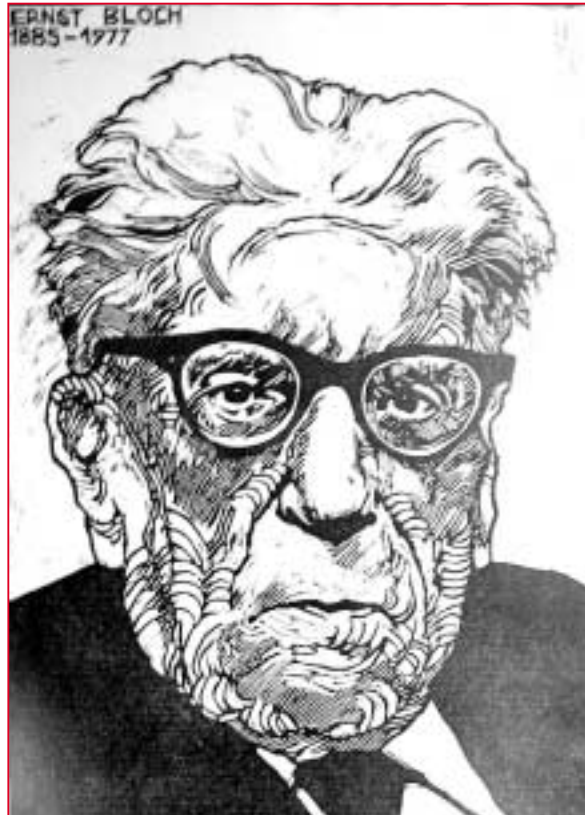
Empörend ist die Stigmatisierung des Begriffs „Wirtschaftsdemokratie“, der auf ein bis heute aktuell gebliebenes, 1928 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vorgestelltes Konzept des sozialdemokratischen Ökonomen F. Naphtali und seiner Mitarbeiter, darunter R. Hilferding, H. Sinzheimer, F. Baade und E. Nölting, zurückgeht. Naphtali emigrierte 1933 nach Palästina, arbeitete dort als Dozent, Kommunalpolitiker, Gewerkschafter und Leiter einer Arbeiterbank und gehörte als Mitglied der sozialdemokratischen Mapai dem israelischen Parlament und mehreren Regierungen als Minister an. Ihm ging es darum, „Schritt für Schritt“ eine kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft in eine sozialistische umzugestalten. Dazu gehörten für ihn zwingend eine Demokratisierung der Bildungsverhältnisse, des Arbeitsverhältnisses und der Wirtschaftsführung.

Dass die modernen Sozialwissenschaften viel dem Wirken von K. Marx verdanken, werden ernsthafte Kenner der Materie nicht bestreiten. K. Marx, F. Engels und A. Bebel als Vordenker einer ehemals kämpferischen Sozialdemokratie haben auch bereits für die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gestritten, als die ideologischen Vorläufer heutiger Konservativer und mancher Liberaler noch dem halbfeudalen preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat mit seinem Klassenwahlrecht oder anderen Staats-

gebilden „von Gottes Gnaden“ huldigten, um nach der misslungenen Revolution von 1848 wenigstens die wirtschaftlichen Schäfchen ins Trockene zu bringen.

„Manifest“ gilt als Gründungsdokument der sozialen Bewegung

Das „Manifest“ von Marx und Engels gilt noch heute als ein Gründungsdokument der modernen sozialen Bewegung, die sich in Fortführung der Impulse der Aufklärung einer nicht bloß politischen, sondern allgemein menschlichen Emanzipation verschrieben hat. Dass spätere Parteikommunisten die diktatorischen Regime nachholender Industrialisierung und Modernisierung und staats-



Ernst Bloch – auch ausgegrenzt?

sozialistische Systeme wie die CSSR und die DDR als authentische Umsetzungen Marxscher Ideen hingestellt und, wo sie es konnten, Zweifel und Kritiker, darunter viele Marxisten, massiv unterdrückt haben, ist dem politisch aktiven Philosophen und Wissenschaftler gerade nicht anzulasten. Generationen von Sozialdemokraten, Linksozialisten, demokratischen Kommunisten und auch Linksliberalen haben der sowohl von Parteikommunisten als auch von bürgerlichen Gegnern vorgenommenen interessierten Gleichsetzung energisch widersprochen.

Sein Denkansatz kannte keine fix und fertigen Utopien, keine Rezepte für die Garböden der Zukunft, keine abgeschlossenen Welterklärungen, sondern beinhaltete vor allem eine kritische Herangehensweise an theoretisch und praktisch bedeutsame Fragestellungen. Marx hat Leitfäden zum Studium, Analysen und Prognosen geliefert, die falsifizierbar blieben. Das „Basis-Überbau“-Theorem ist ein gesellschaftswissenschaftlicher methodologischer Hinweis, den zu verdammern genauso albern wäre wie die amerikanischen Gerichtsverfahren gegen die Ver-

treter Darwinscher Lehren es waren. Es besagt, dass unter den Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die Menschen ihre Geschichte selbst machen, die ökonomischen die schließlich entscheidenden, in letzter Instanz grundlegenden sind und dass die konkreten Wechselbeziehungen zwischen den ökonomischen und den auf ihrer Basis existierenden und sich entwickelnden nichtökonomischen Seiten einer Gesellschaft in jedem einzelnen Fall besonders zu studieren sind. Wie sie zusammenhängen und -wirken, ist immer wieder neu herauszufinden.

Im Hinblick auf einige übereifrige zeitgenössische Epigonen und Vereinfacher hat er festgestellt, alles was er wisse, sei, dass er kein „Marxist“ sei. Sein Lieblingsmotto lautete „de omnibus dubitandum“, an allem sei zu zweifeln, und klar blieb für ihn immer, die arbeitende Bevölkerung könne sich nur selbst emanzipieren

Demokratie braucht Sozialismus.

Diesen Denkansatz ausgrenzen zu wollen, bedeutet die Beiträge von K. Marx, F. Engels, A. Bebel, K. Zetkin, R. Luxemburg, R. Hilferding, O. Bauer, K. Korsch, B. Brecht, E. Bloch, T. W. Adorno, E. Fromm, W. Abendroth, O. Brenner, W. Bleicher, P. v. Oertzen, O. Negt, W. F. Haug, F. Haug, E. Altwater, J. Bisschoff und vielen anderen auszugrenzen. Sind wir schon wieder so weit?

Die hier behandelten Punkte sind zu ernst, um über dem Lachen die Sorge zu vergessen. Ganz zu schweigen von manchen CDU/CSU-Plänen zum innerstaatlichen Einsatz der Bundeswehr, zum Versammlungsrecht, zur persönlichen Datenerfassung. In der Debatte zu den Notstandsgesetzen wurde Ende der sechziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts mehr Kritik aus geringerem Anlass laut. Heute würden sich viele Linke und politische Liberale mehr Widerspruch aus den Reihen der Gewerkschaften wünschen. Auch wenn die SPD ihr linkes Terrain inzwischen kampflos einer anderen, neuen Partei überlassen hat, täte sie schon aus eigenem Interesse gut daran, nicht lediglich in Wiefelspützcher Manier damit umzugehen. Demokratie ist ein zu kostbares Gut, um es wirtschaftsliberalen und rechtskonservativen Eiferern zu überlassen.

Foto: Richard Lauenstein

50 Jahre in der GEW

Zum 50-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im August folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft: Eilhart Kuck, Hannover; Margret Taute-Fass, Rhauderfehn.

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.